



MEDIUM: **NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, 28. JANUAR 2022**

AUTOR: **GEORG HÄSLER, BERN**

THEMA: **DIE SOLOLÄUFE BEI DER KAMPFJET-BESCHAFFUNG
OFFENBAREN DIE STRATEGISCHE INKOHÄRENZ DES
BUNDESRATS**

Der Entscheid für den F-35 war richtig. Der Versuch hingegen, Dossiers ohne Absprache zu verbinden, schadete den Interessen der Schweiz: im Verhältnis zum Ausland, aber auch sicherheitspolitisch.

Der Bundesrat tut sich auch wegen seines Mangels an Geschlossenheit so schwer, die Beschaffung des F-35 etwas robuster zu begründen.

Europa erlebt in diesen Wochen, was in der Euphorie nach dem Kalten Krieg etwa so weit weg war wie die Pandemie: eine militärische Drohkulisse als Instrument der Machtpolitik. Auch ohne russische Invasion in der Ukraine steht die europäische Sicherheitsordnung vor einer epochalen Veränderung. Der Krieg als Fortsetzung der Politik ist auch auf dem Kontinent des Wohlstands wieder denkbar.

Doch die sicherheitspolitische Diskussion in der Schweiz scheint sich auf die bundesrätlichen Dissonanzen bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu beschränken. In nicht abgesprochenen Sololäufen haben einzelne Bundesräte als Gegengeschäft zur Beschaffung der französischen Rafale offenbar über eine regelrechte Anlehnung an Frankreich verhandelt.

Die Typenwahl war politisch vorgespurt

Ein solcher Handel hätte möglicherweise zu einer einseitigen Abhängigkeit der Schweiz von einem Nachbarland geführt, das eine eigene machtpolitische Agenda verfolgt. Über die Rafale sichert Frankreich seinen militärischen Einfluss ab – etwa im östlichen Mittelmeer, wo Griechenland und Ägypten zu den Kunden und Klienten des Élysées gehören. Nur in einem Kraftakt und mit der Unterstützung ih-

rer Bundesratskollegin Karin Keller-Sutter gelang es Viola Amherd, der Chefin des Verteidigungsdepartements (VBS), schliesslich, den ursprünglichen Plan durchzuziehen: Die Schweizer Luftwaffe soll das System erhalten, das in der Evaluation der Rüstungsbehörde Armasuisse das beste Preis-Leistungs-Verhältnis erzielte. Also fiel die Wahl konsequenterweise auf den F-35. Die Rafale lag dagegen nicht einmal auf Platz zwei; den belegte mit der Super Hornet ein zweiter US-Jet.

Natürlich haben Rüstungsgeschäfte in dieser Gröszenordnung immer auch eine politische Dimension. Auch deshalb hat sich der Bundesrat bei der Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs klare Leitplanken für die spätere Typenwahl gesetzt: erstens in einem [Grundsatzentscheid 2017](#) auf der Basis des Expertenberichts «Luftverteidigung der Zukunft»; zweitens mit dem Planungsbeschluss über den Rahmenkredit von sechs Milliarden Franken, der 2020 vom Volk knapp angenommen worden ist.

Mit dem Grundsatzentscheid wurden nur westliche Flugzeuge zur Evaluation zugelassen: drei europäische, zwei amerikanische. Hätte der Bundesrat seine Europapolitik mit den Jets verbinden wollen, wäre dies der Moment gewesen. In der [Botschaft zum Planungsbeschluss](#) hielt die Landesregierung später fest, dass es nur bei gleichwertigen Angeboten Spielraum für ausserpolitische Erwägungen gebe.

Das Resultat des Auswahlverfahrens sollte nicht noch einmal wie beim gescheiterten Tiger-Teilersatz auf den Kopf gestellt werden. Damals hatte die Rafale gewonnen, die US-Jets waren noch nicht im Rennen. Der damalige VBS-Chef Ueli Maurer wollte aber explizit das günstigste Angebot – und zwar



aus einem neutralen Land. Mit dem schwedischen Gripen scheiterte er vor dem Volk. Seine Nachfolger im Departement wollten weniger Risiko eingehen. Auch dies ist eine politische Erwägung.

Strategisches Denken bedingtinneren Zusammenhalt

Die Vielstimmigkeit des Bundesrats kurz vor dem Typenentscheid im Frühsommer des letzten Jahres ist deshalb erstaunlich. Gerade wenn es um strategische Fragen geht, wäre ein kohärentes Auftreten der Landesregierung zwingend. Die Solo-Avancen einzelner Departemente am federführenden VBS vorbei haben Frankreich unnötig verärgert. Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens mit der EU ist dies umso ärgerlicher.

Der Lärm um die Kampffjets weist mit einiger Dringlichkeit auf ein grundsätzliches Problem hin: Dem Bundesrat scheint das Selbstverständnis als Kolle-

gialbehörde abhandengekommen zu sein. Dies hat auch damit zu tun, dass hinter der SVP mehrere Parteien über etwa gleich viel Wählerpotenzial verfügen. Die Zauberformel ist infrage gestellt.

Im Vorfeld der Wahlen 2023 führt dies offensichtlich zu noch mehr Silo-Denken in der Landesregierung. Dies schränkt die Fähigkeit zum gemeinsamen, strategischen Denken und Handeln erheblich ein. Deshalb tut sich der Bundesrat auch so schwer, die Beschaffung des F-35 etwas robuster zu begründen als mit dem Rechenschieber.

Diese Schwäche nützt der Initiative, die den US-Jet verhindern will. Mit Blick auf die gegenwärtige Lage ist dies brandgefährlich. Ernsthaftige militärische Mittel sind für einen souveränen Staat wieder eine wesentliche Währung geworden: für die eigene Handlungsfreiheit sowieso, aber auch, um im schlimmsten Fall solidarisch und kooperativ zu sein.